

SOWJETZONE

KAMPF GEGEN „GLEICHMACHEREI“ UND „NORMENSCHIEBUNG“

Die SED hat unmittelbar das Kommando über den FDGB übernommen. Die Leitungen der Industriegewerkschaften und der Gewerkschaftsleitungen in den Großbetrieben werden umbesetzt. Umgeschulte Leute aus dem zentralen FDGB-Apparat und „bewährte Aktivisten“ müssen an die Front. So hatte es das Politbüro der SED am 27. November 1951 beschlossen.

Was steckt hinter diesen Beschlüssen, die gegenwärtig durchexerziert werden? Es handelt sich natürlich nicht um die Gleichschaltung gewerkschaftlicher Organisationen, denn der FDGB war auch in seiner bisherigen Form schon nichts anderes als ein verlängerter Arm des Staatsapparates — zur

Durchsetzung staatlicher Forderungen gegenüber der Arbeiterschaft, nicht zur Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auf der betrieblichen und staatlichen Ebene.

Jene Organisation, die man in der Sowjetzone fälschlich „Freier“ Deutscher Gewerkschaftsbund genannt hatte, wurde der ihr gestellten Aufgabe jedoch in nur geringem Maße gerecht. Das ergab sich für die SED-Führung und für die Pankower Zonenverwaltung besonders deutlich während der Auseinandersetzungen um die sogenannten „Betriebskollektivverträge“. Der ganze Sommer und Herbst waren durch den hartnäckigen Widerstand der mitteldeutschen Arbeiter gegen die Sklavenverpflichtungen geprägt, durch die das Antreibersystem auf die Spitze getrieben und der Rest gewerkschaftlicher Tradition über Bord geworfen wird.

Die Opposition gegen die „Verträge“ wurde schließlich gebrochen. Aber schon erlebte die Sowjetzone einen neuen Beweis spontanen Widerstandes. Die Arbeiter und Angestellten sollen 3 vH. ihres Einkommens „freiwillig“ für den Aufbau des Berliner Ostsektors zur Verfügung stellen. Sie haben sich in zahlreichen Fällen geweigert.

Auf der für eine Diktatur so typischen Suche nach Schuldigen haben die SED-Führer (die ihrerseits vor den Sowjets Rechenschaft ablegen müssen) schon vor einiger Zeit die Funktionäre des FDGB aufs Korn genommen. In den oben genannten Beschlüssen des SED-Politbüros sind die Angriffe sozusagen theoretisch untermauert worden. Also: die Schaffung der Betriebskollektivverträge habe gezeigt, „daß die größte Schwäche die mangelhafte ideologische Arbeit der Gewerkschaftsleitungen ist“. Vor allem wird ihnen „Vernachlässigung der Überzeugungsarbeit“ angekreidet.

„Verbesserung der ideologischen Arbeit“ steht logischerweise an der Spitze der dem FDGB-Apparat neu gestellten Aufgaben. Die beiden anderen „grundlegenden“ Aufgaben: „Entfaltung des Wettbewerbs“ und „sorgfältige Durchführung der Kollektivverträge“. Kein Wort von, der Wahrnehmung jener Interessen, die zu vertreten ureigenste Aufgabe jeder echten Gewerkschaftsbewegung ist. Denn die Durchführung der sowjetzonalen „Verträge“ hat, wie gesagt, mit solcher Interessenvertretung auch nicht das geringste zu tun.

Statt dessen wird der FDGB darauf festgelegt, sich jetzt auch in den Einzelheiten an den „Erfahrungen der Sowjetgewerkschaften“ zu orientieren. Er soll sich darüber hinaus die „Erfahrungen der fortschrittlichen Wissenschaft der Sowjetunion“ aneignen.

Auf der anderen Seite wird der FDGB-Apparat verpflichtet, einen „entschiedenen Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ zu führen. Die Feinde der neuen demokratischen Ordnung hätten, so heißt es, mit Hilfe ihrer Rundfunk- und Flüsterpropaganda den Sozialdemokratismus benutzt, „um durch Propagierung der Gleichmacherei, Stellungnahme gegen das Prämiensystem, Beibehaltung der Normenschiebung, Schwächung der Arbeitsdisziplin und Hinderung der richtigen Festlegung von Leistungslöhnen“ den wirtschaftlichen Aufschwung zu hemmen.

Dem „Sozialdemokratismus als Hemmnis der Gewerkschaftsarbeit“ war ein ganzes Referat gewidmet, das ein gewisser K. H e l - b i g Anfang Dezember vor dem Bundesvorstand des FDGB hielt. Auch er bemängelte den schlechten ideologischen Zustand „fast aller Gewerkschaftsleitungen“. Als beson-

ders gefährlicher Feind wird der „Ökonomismus“ gebrandmarkt, ein Schlagwort, hinter dem sich nichts anderes als das für abwegig gehaltene Bemühen um wirtschaftliche und soziale Belange verbirgt. Das Schlagwort der „Gleichmacherei“ muß auf gleiche Weise erhalten, wenn es sich um die Diffamierung der Abwehr des Henneckesystems in seiner brutalsten, jede Kollegialität und Solidarität auflösenden Form handelt.

Die neuen gewerkschaftlichen Richtlinien der SED sind auch darum bemerkenswert, weil sie die „ideologische“ Arbeit in verstärktem Maße auf Westdeutschland erstreckt wissen wollen. Es wird behauptet, daß die westdeutschen Gewerkschaftsführer offen „ihre imperialistische Ideologie“ verfechten, ein nicht vorhandenes Mitbestimmungsrecht vortäuschen, die Gewerkschaften in den Dienst der Remilitarisierung und der Bonner Regierung stellen usw. Der Kampf gegen diese Gewerkschaftsführer sei die Voraussetzung für die „Herstellung der Aktionseinheit“ und — wie es die SEDisten auffassen — für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Als Hauptmethode zur Steigerung der Arbeitsproduktivität stellt die SED die Entfaltung des Wettbewerbs heraus, und zwar auf der Grundlage der Verpflichtungen der einzelnen Arbeiter, der Brigaden und der Betriebsabteilungen. Auf diesem Gebiet, aber in Wirklichkeit nur auf diesem, wird den Gewerkschaften in der Sowjetzone das Mitbestimmungsrecht eingeräumt. Für die Leitung des Wettbewerbs sind die Industriegewerkschaftsleitungen und die Hauptverwaltungen der Industrieministerien gleichermaßen verantwortlich. Sie haben sich gemeinsam einzusetzen für die „Übererfüllung der durchschnittlichen fortschrittlichen Arbeitsnormen“.

Das Leugnen echter gewerkschaftlicher Funktionen wird immer wieder damit begründet, daß es in den sogenannten volkseigenen Betrieben keine Ausbeutung mehr gebe. Es wird nicht die Frage gestellt, welche Rolle der Arbeiter und Angestellte im Betrieb und in der Wirtschaft spielt. Es wird nicht nach seinem Einfluß gefragt und erst recht nicht nach der Lohnsumme im Verhältnis zum Sozialprodukt. Es wird einfach behauptet, daß ein neues arbeitsrechtliches Verhältnis entstanden sei, „das aus der Pflicht der Arbeiter besteht, die Arbeitsnormen innerhalb einer bestimmten Arbeitszeit zu erfüllen“. (Dies, wie die anderen Zitate, nachzuprüfen in „Neues Deutschland“, Jahrgang 1951, Nr. 277.)

Es wird gefordert, „den Kampf um die Sparsamkeit mit jeder Sekunde und mit jedem Gramm Material“ zu führen. Vor

allem wird auch dagegen polemisiert, daß in vielen sowjetzonalen Betrieben noch heute sogenannte Erfahrungsnormen angewandt würden. Das seien geschätzte Normen, die auf Grund alter Arbeitsmethoden berechnet wurden. Damals habe es vielfach noch keine exakten Betriebspläne gegeben, und durch Unregelmäßigkeiten im Arbeitsprozeß seien Verlustzeiten entstanden. Im Rahmen der „Betriebskollektivverträge“ nun sollen die Erfahrungsnormen durch „technisch begründete Arbeitsnormen“ ersetzt werden, die der Anwendung „fortschrittlicher Arbeitsmethoden“ entsprechen.

Wörtlich heißt es dann in den Richtlinien der SED: „Die Festsetzung der Normen erfolgt durch den Abteilungsleiter, dessen Vorschläge vom Werksdirektor bestätigt werden sollen.“ Kein Wort über die Mitwirkung gewerkschaftlicher Vertreter, deren Funktion auf das überwachende, polizeiliche Gebiet begrenzt wird. Die SED wendet sich übrigens auch gegen das „Stattfinden von Versammlungen der Massenorganisationen während der Arbeitszeit“.

Nachdem die Aufgaben der oberen FDGB-Organen im Sinne der ideologischen Ausrichtung und der wettbewerblichen Antreiberei festgelegt sind, wird mit aller Deutlichkeit gesagt, was man von den Gewerkschaftsleitungen in den Betrieben (in denen bekanntlich die Betriebsräte abgeschafft

sind) erwartet: „Die Aufgaben der Gewerkschaftsorganisation eines volkseigenen Betriebes sind in erster Linie die Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern und Angestellten, die Organisation des Wettbewerbes, die Organisation des Erfahrungsaustausches und die Vertretung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Werktätigen im Rahmen des Betriebskollektivvertrages.“ (Hier hervorgehoben.)

Die Gefahr der „Gleichmacherei“, d. h. der Opposition gegen die jedes vernünftige Maß überschreitende Differenzierung von Löhnen und Arbeitsbedingungen wird offenbar sehr ernst genommen. Es wird nämlich in einem besonderen Abschnitt von solchen SED-Genossen gesprochen, „die die Gleichmacherei propagieren bzw. solche Stimmungen unterstützen“. Über sie heißt es, sie „arbeiten nur den amerikanischen und englischen Agenten in die Hände“. Und was das wiederum heißt, bedarf für den, der die Verhältnisse in der Sowjetzone nur einigermaßen kennt, keiner besonderen Erläuterung. Es bedeutet die Drohung mit dem SSD, dem berüchtigten Staats-Sicherheitsdienst.

So zeigen diese Richtlinien noch einmal, daß an die Stelle der DAF und des SD eigentlich nur andere Buchstaben getreten sind.

W. B.